

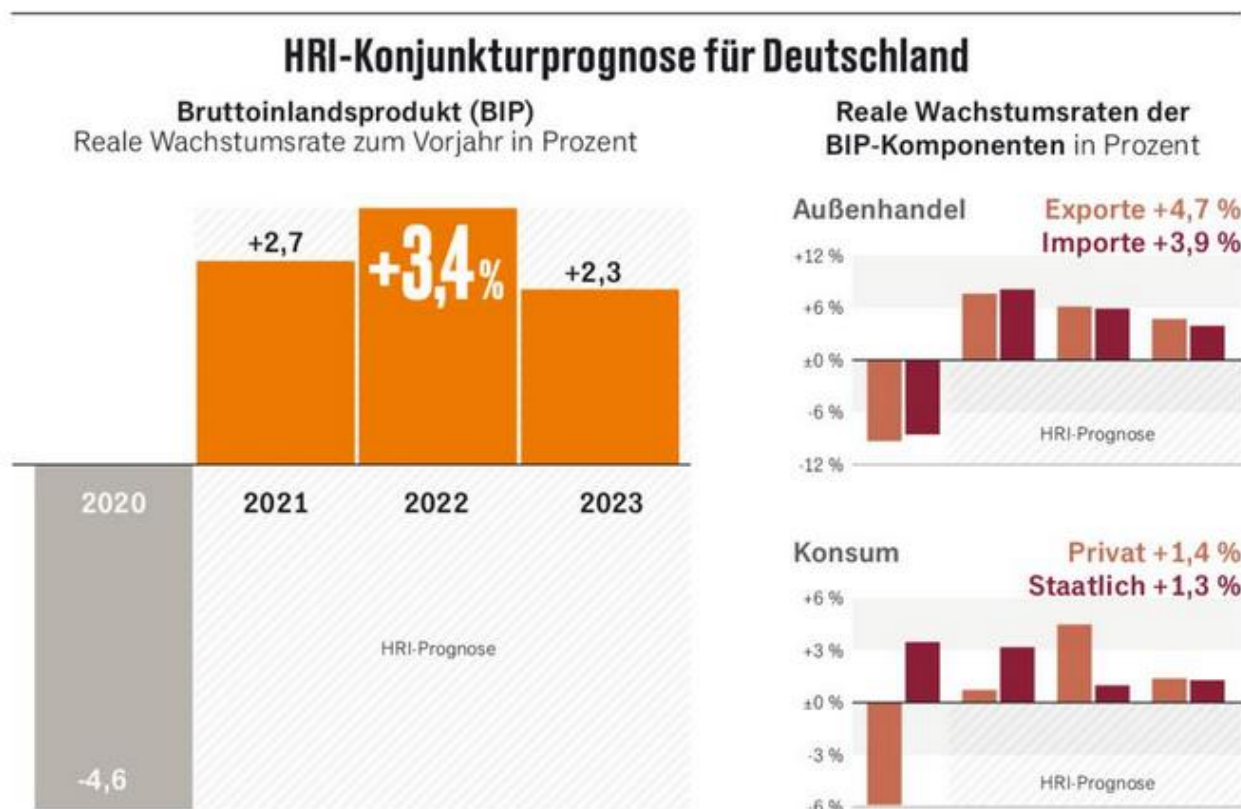
HRI-Konjunkturprognose – 7. Januar 2022

Weniger Wachstum

Der Post-Corona-Boom fällt aus: Das Handelsblatt Research Institute senkt seine Konjunkturprognose für 2022. Nach dem Ende der Pandemie werden Klimaschutz und Fachkräftemangel die Erholung bremsen.

von Dennis Huchzermeier, Bernhard Köster und Axel Schrinner

Das Handelsblatt Research Institute (HRI) hat seine Konjunkturerwartungen für das neue Jahr gesenkt. Die HRI-Ökonomen gehen nunmehr für 2022 von 3,4 Prozent Wirtschaftswachstum in Deutschland aus, das sind 0,3 Prozent weniger als in der Prognose vom September. 2023 dürfte die Wirtschaft um 2,3 Prozent zulegen.



Damit liegt das Handelsblatt Research Institute erneut am unteren Rand des Prognosespektrums: Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute sehen für 2022 zwischen 3,5 und vier Prozent Wachstum, die Bundesbank rechnet gar mit 4,2 Prozent. Bereits 2020 hatte sich das HRI skeptischer als andere Institute gezeigt - und behielt recht: Als im Herbst 2020 teils mehr als fünf Prozent Wachstum für 2021 prognostiziert wurden, sagte das HRI mit 2,7 Prozent eine eher verhaltene Erholung voraus, die exakt so eingetroffen ist.

"Im Winterhalbjahr wird die deutsche Volkswirtschaft kaum noch wachsen", sagte HRI-Präsident Bert Rürup. Durch die Pandemiebekämpfung dürften die gesamtwirtschaftlichen Schäden allerdings deutlich geringer ausfallen als während früherer Coronawellen. Doch selbst wenn die Pandemie im kommenden Sommer überwunden werde und sich die Probleme mit den Lieferketten allmählich auflösten, dürfte ein Boom ausbleiben, so Rürup: "Ab Mitte dieses Jahres werden die strukturellen Probleme der deutschen Volkswirtschaft wieder in den Vordergrund rücken. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen der goldenen zweiten Dekade dieses Jahrhunderts ist nicht in Sicht."

Weniger Wachstum

Deutschland steckt mitten in der vierten und womöglich schon am Beginn einer fünften Coronawelle. Auf den ersten Blick erinnert die aktuelle Lage an die vor einem Jahr. Und doch gibt es wesentliche Unterschiede im Umgang mit der Pandemie, die sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken: Die große Mehrheit der Bevölkerung ist inzwischen gegen das Virus geimpft und damit zumindest gut vor schweren Folgen geschützt. Hinzu kommt eine gewisse Akzeptanz in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft, wenn täglich mehrere Hundert Menschen an oder mit dem Virus sterben. Ein Lockdown wie zuletzt im Winter 2020/2021 ist daher derzeit nicht in Sicht.

Zudem profitiert Deutschland gegenwärtig davon, dass viele Nachbarländer deutlich härtere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung erlassen haben - mit dem Nebeneffekt, dass dadurch auch das Infektionsgeschehen in Deutschland begrenzt wird. "Einen scharfen Konjunkturreinbruch wird es daher in diesem Winter in Deutschland nicht geben", sagt Bert Rürup. Ab dem zweiten Quartal dürfte die Wachstumsdynamik zwar zulegen. Dies ändert aber nichts daran, dass der von manch anderem Institut vorhergesagte Post-Corona-Boom sich nach Ansicht des HRI nicht nur verzögern, sondern er wohl gänzlich ausbleiben dürfte.

Derzeit entwickelt sich die deutsche Konjunktur zweigeteilt: Während die Dienstleister und Teile des Einzelhandels direkt maßgeblich vom Pandemiegeschehen beeinflusst werden, sieht sich die exportorientierte Industrie nach wie vor mit Störungen ihrer globalen Lieferketten konfrontiert. Innerhalb kurzer Zeit wurde im abgelaufenen Jahr so gut wie alles knapp, was Industrie und

Handwerk für die Produktion benötigen: Rohstoffe, Baumaterial, Vorprodukte, Verpackungen - und vor allem Halbleiter.



HANDELSBLATT

Quellen: Handelsblatt Research Institute, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Diese abrupten Knappheiten verursachten nicht nur Preiskapriolen etwa bei Öl, Kupfer, Folien oder Bauholz. Sie führten auch dazu, dass bestellte Waren nicht produziert werden konnten, weil Bauteile nicht verfügbar waren. Laut einer Ifo-Umfrage klagten im Dezember 81,9 Prozent der deutschen Industrieunternehmen über Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen. Besonders betroffen sind die Schlüsselbranchen Auto, Maschinenbau und elektrische Ausrüster.

Doch nicht nur die Industrie sieht sich mit Mangel konfrontiert, auch acht von zehn Einzelhändlern klagten im wichtigen Weihnachtsgeschäft, dass bestellte Waren nicht geliefert wurden. Nahezu alle

Baumärkte und Elektrohändler kämpften mit Lieferproblemen - manch älterer Kunde fühlt sich beim Anblick leerer Regale an DDR-Zeiten erinnert.

Puffer in der Lieferkette senken die Wettbewerbsfähigkeit

Die Ursachen für Mangelwirtschaft sind vielfältig. Moderne Sensoren etwa für die Auto- und Elektroindustrie sind komplexe Produkte, für deren Fertigung oft Hunderte Materialien benötigt werden. Eine Lieferkette in der Halbleiterindustrie kann bis zu 16.000 Unternehmen umfassen - und fällt auch nur eine Stufe aus, verursacht dies enorme Probleme auf allen nachfolgenden Stufen.

Nach dem Ausbruch der Pandemie verhängte China zunächst einen Lockdown über wirtschaftlich wichtige Regionen. Fabriken und Häfen wurden geschlossen. Die Folgen der unterbrochenen Lieferketten bekam die Welt einige Wochen später zu spüren, als der Nachschub aus China ausblieb. Als Corona in Europa ankam, standen auch hier die Produktionsbänder still; dementsprechend wurden Bestellungen für Vorprodukte storniert. Schließlich ahnte niemand, dass dem ersten Lockdown eine rasante Erholung folgen würde. Verstärkt wurden diese Probleme durch rigorose Anticoronamaßnahmen in China, sobald auch nur ein einziger Coronafall etwa in einem Hafen gemeldet wurde. Die Staus an wichtigen Häfen kosteten Zeit und verursachten einen Containermangel.

Diese Verwerfungen dürften in den kommenden Quartalen abnehmen, da neue Kapazitäten geschaffen und alternative Lieferanten ausfindig gemacht wurden. Gleichwohl ist gerade bei Halbleitern und Seltenen Erden die Abhängigkeit Deutschlands von China immens, und geopolitische Spannungen könnten neue Störungen auslösen.

Der Aufbau von Puffern bei Vorprodukten oder alternative Beschaffungsquellen werden daher auf Dauer zusätzliche Kosten verursachen, die die deutsche Wirtschaft einen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit kosten dürfte.

Auch Handel und Dienstleister sollten sich gegen die Langfristfolgen der Pandemie wappnen. So dürfte sich das Reiseverhalten vieler Deutscher nachhaltig ändern. Der Großteil einstiger Dienstreisen wird vermutlich dauerhaft durch kostengünstige Videokonferenzen ersetzt - mit unangenehmen Folgen für Businesshotels, aber auch für Inlandsflüge und Bahnreisen. In weiten Teilen der Wirtschaft haben sich zudem Homeofficemodelle etabliert, sodass viele Unternehmen auf Büroflächen verzichten können. Überdies werden dem Nahverkehr und Kantinenbetreibern Umsätze fehlen, wenn zahlreiche Arbeitnehmer nicht mehr täglich ins Büro kommen.

Hinzu kommt, dass nicht wenige Bürger womöglich auch ihr privates Reiseverhalten ändern, indem sie weniger Fernreisen unternehmen oder Urlaube kurzfristiger buchen. Überdies müssten sich die

Veranstalter von Großevents wie Volksfesten oder Konzerten dauerhaft auf eine geringere Nachfrage einstellen, sollten viele Konsumenten große Menschenansammlungen auf Dauer meiden. Onlinehandel sowie Streaming- und Lieferdienste dürften jene Marktanteile, die sie während der Pandemie gewinnen konnten, weitgehend halten.

Kurzum: Die Pandemie hat in einigen Branchen einen Strukturwandel ausgelöst, dem sich die Regierung nicht auf Dauer entgegenstemmen kann - irgendwann müssen die teuren Krisenmaßnahmen auslaufen.

Ungeachtet dieser strukturellen Verschiebungen geht das HRI davon aus, dass der Staatskonsum 2022 nicht nur auf dem hohen Niveau des Vorjahres verharren, sondern sogar noch leicht steigen dürfte. Zum wesentlichen Wachstumstreiber dürfte allerdings in diesem Jahr der private Konsum werden. Zwar sank der Indexwert des HDE-Konsumbarometers zum Jahreswechsel auf den tiefsten Stand seit vergangenem Februar. Doch dürfte dieser Pessimismus durch den derzeitigen Pandemieverlauf überzeichnet sein. Das HRI erwartet, dass der private Konsum real um kräftige 4,5 Prozent wachsen und 2023 wieder das Vorkrisenniveau erreichen wird.

Der Außenhandel dürfte ebenfalls spürbar anziehen. Dabei werden die Exporte noch stärker als die Importe zulegen, da die deutsche Industrie zumindest einen Teil ihres Auftragsstaus abarbeiten und ihre Kundschaft im In- und Ausland beliefern kann. Der Außenhandelsüberschuss wird damit weiter merklich anwachsen. Zudem werden die Bruttoanlageinvestitionen 2022 und 2023 kräftig zulegen, auch weil die Bundesregierung mit zahlreichen Subventionen und Sonderabschreibungen insbesondere in Digitalisierungs- und Klimaschutzinvestitionen Hilfestellung leistet.

Fachkräftemangel erschwert die Dekarbonisierung

Dieser Investitionsschub darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland erst am Anfang eines steinigen Wegs steht. Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft werden nicht so rasch und reibungslos gestemmt werden, wie es der neu gewählte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung versprochen hat. Die Pandemie hat offengelegt, wie rückständig gerade viele Bereiche des Staates bei der Digitalisierung sind.

Entgegen allen Absichtserklärungen ist vieles auch auf dem Weg zu einer klimaneutralen Industriegesellschaft nach wie vor ungewiss. Niemand weiß, wo künftig die sehr großen Mengen CO₂-frei erzeugter und bezahlbarer Energie herkommen sollen, insbesondere, wenn man wie Deutschland auf Atomkraft dauerhaft verzichten will. Und niemand weiß, wie Millionen Gebäude binnen weniger Jahrzehnte energetisch saniert werden sollen, sodass sie dauerhaft ohne fossile Energie auskommen. Schließlich arbeitet vielerorts das Handwerk bereits jetzt am Rande seiner Kapazitäten, nicht zuletzt auch, weil Fachkräfte fehlen.

Der Fachkräftemangel dürfte in den kommenden Jahren immer größere Teile der Wirtschaft erfassen und sich als echtes Wachstumshemmnis erweisen. Schon jetzt steuert der Arbeitsmarkt trotz Krise rasant in Richtung Vollbeschäftigung. Ab 2025 wird dann die Erwerbsbevölkerung dauerhaft sinken, auch weil infolge der Pandemie weniger Zuwanderer nach Deutschland kommen dürften. Mitte des Jahrzehnts dürfte die deutsche Volkswirtschaft bereits ein Drittel ihrer durchschnittlichen langjährigen Wachstumskraft von rund 1,5 Prozent eingebüßt haben.

Nicht zuletzt die politisch gewollte Verteuerung von fossil erzeugter Energie wird dazu führen, dass die Inflation auf Dauer höher als in den vergangenen Dekaden sein wird. Überschlägige Schätzungen gehen von rund 0,5 Prozent zusätzlicher Inflation pro Jahr durch Klimaschutzmaßnahmen aus. Für 2022 rechnet das HRI mit 2,6 und für 2023 mit 2,4 Prozent Inflation in Deutschland, nach 3,1 Prozent im abgelaufenen Jahr. Angesichts des moderaten Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst der Länder ist eine Lohn-Preis-Spirale bislang nicht erkennbar.

Die Verteuerung von Energie führt unweigerlich zu realen Kaufkraft- und damit Wohlstandsverlusten. Dies dürfte Haushalte mit geringem Einkommen überproportional treffen. Selbst wenn die Regierung etwa den Kauf eines E-Autos oder einer neuen Heizung massiv fördert, wird der Klimaschutz isoliert betrachtet das Wachstum drosseln. Insbesondere die Industrie muss fürchten, im Wettbewerb mit Anbietern aus Staaten mit niedrigeren Klimastandards zurückzufallen.

Darüber hinaus steuert Deutschland auf einen zwei Dekaden andauernden Altersschub zu, der weite Teile der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Staats vor eine bislang verdrängte Herausforderung stellt. "Das sinkende Trendwachstum infolge der Alterung und des sinkenden Arbeitsangebots wird dazu führen, dass sich der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum verringert", warnt HRI-Präsident Rürup. "Die Konkurrenz um Anteile des Steueraufkommens zwischen den politisch unterschätzten Kosten der Dekarbonisierung und den Kosten zur Bewältigung des Alterungsschubs wird sich deutlich verschärfen."

2023 wird der private Konsum in Deutschland wieder das Niveau von vor der Coronakrise erreichen. Quelle: HRI

Im Winterhalbjahr wird die deutsche Volkswirtschaft kaum noch wachsen. Bert Rürup - HRI-Chef

Die Pandemie hat in einigen Branchen einen Strukturwandel ausgelöst, dem sich die Regierung nicht auf Dauer entgegenstemmen kann - irgendwann müssen die teuren Krisenmaßnahmen auslaufen. HRI-Analyse